

Düsseldorfer Bündnis fordert bezahlbares Wohnen

VON JULIA NEMESHEIMER

DÜSSELDORF Das breit aufgestellte „Düsseldorfer Bündnis – gerecht, sozial, ökologisch“ hat sich für mehr bezahlbaren und sicheren Wohnraum für alle ausgesprochen. Gemäß einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung von 2018 fehlen rund 44.000 bezahlbare Wohnungen in Düsseldorf. Das Bündnis fordert daher unter anderem den Ausbau eines gemeinwohlorientierten und gemeinnützigen Wohnungssektors. Die Mietsteigerungen sollen hierzu besser gebremst

oder gänzlich gestoppt werden, Wohnungs- und Obdachlosigkeit sollen überwunden werden. Leerstand und Zweckentfremdung sollen zudem besser aufgedeckt und verhindert werden. Außerdem sollen durch Gesetzesvorlagen renditeorientierten Investoren die Möglichkeiten entzogen werden, dem Markt weiteren Wohnraum durch die Umwandlung in Eigentumswohnungen wegzunehmen.

„Wir sind mit unseren Lösungsvorschlägen eng an der Stadt und Politik dran“, erklärt Sigrid Wolf, Geschäftsführerin des DGB und Spre-

cherin des Bündnisses. Dennoch seien es dicke Bretter, die hier gebohrt werden müssen. „Vieles fällt auch in die Gesetzgebung von Bund und Land – doch auch hier hätte die Stadt Hebel, um Änderungen zu fordern“ so Wolf weiter.

Mit der sozialen Erhaltungssatzung wird ein kleiner Teil der Forderungen des Bündnisses erfüllt. Dennoch reiche das noch lange nicht aus. „Für mehr bezahlbaren Wohnraum ist eine neue Bodenpolitik der Stadt notwendig“, erklärt Horst Kraft vom Bündnis für bezahlbaren Wohnraum. Auch Vorkaufs-

rechtssatzungen sollen nicht nur für Grundstücke, sondern auch für Bestandsgebäude gelten. „Hierfür bräuchte es höhere Steuereinnahmen – und einen revolvierenden Bodenfonds als städtisches Sondervermögen für den Kauf und den Bau von Grundstücken und Wohnungen“, schläft Kraft vor.

Uwe Foullong, Geschäftsführer von Verdi Düsseldorf, rechnet vor: „Hierfür bräuchte es mit den aktuellen Bedarfen rund 300 Millionen Euro pro Jahr über einen längeren Zeitraum hinweg. Im städtischen Haushalt sind derzeit aber gerade

einmal zwei Millionen Euro für den Bereich vorgesehen.“

Allgemein müsse deutlich mehr gebaut werden – oder Leerstand und Fremdnutzung verhindert werden. „In 20 Jahren hat sich die Zahl der Sozialwohnungen von 36.366 auf 15.617 reduziert“, merkt Claus Neseemann, Geschäftsführer des Mietervereins an. Das werde sich auch in Zukunft weiter verschärfen. „Es muss dringend verhindert werden, dass bezahlbarer Wohnraum zugunsten renditeträchtiger Eigentumswohnungen wegfällt“, so Neseemann weiter.